

Kolumne Nr. 2/2017

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne Betreuung ist verantwortungslos

Das bedingungslose Grundeinkommen löst Begeisterungstürme und massive Abwehrreaktionen zugleich aus. Zum einen wird es von wenigen Wirtschaftswissenschaftlern wie Thomas Straubhaar von der Universität Hamburg in seinem neuen Buch „Radikal gerecht“ als Wundermittel präsentiert und von Spitzenmanagern der IT-Industrie wie Timotheus Höttges von der Deutschen Telekom empfohlen. Zum anderen wird es von sozialdemokratischen und gewerkschaftlich orientierten Wissenschaftlern als neoliberales Programm und verführerisches Gift gebrandmarkt und von den meisten Ökonomen als unfinanzierbar radikal abgelehnt.

Die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles sieht einen klaren Widerspruch zum solidarischen Sozialstaat und dem Modell der Sozialversicherung. Sie stellt die Frage: „Wer erklärt denjenigen, die im Schweiße ihres Angesichts hart arbeiten, Steuern zahlen und mit ihrem Einkommen gerade so über die Runden kommen, dass Millionen Menschen staatliche Leistungen bekommen sollen, die sie gar nicht brauchen?“ Das bedingungslose Grundeinkommen ist demnach ungerecht.

Straubhaar erläutert die neue schöne Welt des Grundeinkommens ganz klar: 1000 Euro für jeden. Alle erhalten zunächst eine Steuergutschrift. Alle zahlen danach auf alle Einkommen Steuern – der Besserverdienende mehr als der Geringverdienende. Das sei gerecht. Doch das Grundeinkommen ersetzt alle heute bestehenden Transfers wie Rentenzahlungen, Arbeitslosengeld oder Hartz IV. Dafür entfallen Sozialabgaben, die insbesondere Geringverdiener hart treffen. Selbst wenn man die Rentenversicherung sowie die Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung als weitere Säulen der Sozialversicherung gedanklich außen vorlässt. Bereits die Abschaffung des Arbeitslosengeldes und von Hartz IV ist radikal.

Die Konsequenz wäre jedoch, dass die gesamte Struktur der Arbeitsagenturen und Jobcenter ersatzlos entfallen würde. Die Menschen bekämen ihren monatlichen Scheck – und wären ansonsten auf sich gestellt. Wem das Geld nicht reicht, der kann zur Tafel gehen, die Kleiderkammern der Wohlfahrtsverbände wären noch geöffnet, die Hilfsangebote der Kirchen gäbe es noch, aber die staatliche Unterstützungsstruktur wäre weg. Ist das sinnvoll?

Die Arbeitsagenturen und Jobcenter haben in den letzten zehn Jahren einen enormen Transformationsprozess durchgemacht. Sie sind durch die Hartz-Reformen kundennäher und moderner geworden. Sie bieten nicht nur Geldzahlungen, sondern massive Unterstützung im Einzelfall. Bei aller berechtigter Kritik an der Personalausstattung (zu wenig), an der Zahl der Instrumente (zu viel), an der Komplexität der Strukturen (zu unübersichtlich) – insgesamt bieten diese staatlichen

Institutionen eine solide Dienstleistung für Arbeitssuchende und erwerbsfähige Hilfebedürftige an. Außerdem kann Gerechtigkeit im Sinne von Hilfebedarfsdeckung im Einzelfall hergestellt werden. Diese Strukturen gilt es weiter zu verbessern – sie im Rahmen der Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens zu zerstören, ist verantwortungslos.

Sowohl die Befürworter als auch die Gegner des bedingungslosen Grundeinkommens verharren in Radikalpositionen – und übersehen dabei die guten Impulse für die Weiterentwicklung des sozialen Sicherungssystems. Es macht viel Sinn, Experimente mit verschiedenen Varianten des bedingungslosen Grundeinkommens durchzuführen. In Finnland läuft bereits ein vielbeachtetes Experiment, in Kenia ist ein Modellversuch geplant – und in Deutschland ist er rechtlich grundsätzlich möglich und einen Versuch wert.

Bonn/Freiburg, im Februar 2017